

Mitteldeutsche Zeitung

Wahl-Zeitung

Allgemeine Zeitung für Mitteldeutschland - Hallesche Neueste Nachrichten - Hallesche Zeitung, Landeszeitung für Sachsen-Anhalt u. Thüringen

69. Jahrgang / Nr. 9 Halle (Saale), Freitag, den 11. Januar 1935 Einzelpreis 15 Pf.

Abgelehnte Einladung nach Genf

Englands Botschafter bei v. Neurath / Deutschland ändert seinen Standpunkt nicht

Der englische Botschafter Sir Eric Phipps ludte gestern in Berlin den Reichsminister des Auswärtigen, Freiherrn v. Neurath, auf und regte an, daß Deutschland als Mitglied an der bevorstehenden außerordentlichen Sitzung des Völkerbundes teilzunehmen, auf der die Entschlüsse über das Saargebiet auf Grund der Ergebnisse der Abstimmung gefaßt werden sollen. Der Reichsminister ließ dem Botschafter wissen, daß die Reichsregierung nach dem für ihren Austritt aus dem Völkerbund erklärten Standpunkt, sich aus grundsätzlichen Erwägungen nicht in der Lage sieht, dieser Auslegung Folge zu geben. Gleichwohl wurde der englische Botschafter darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung, wonach die enghätige Entscheidung über das Schicksal des Saargebietes erst in einer späteren Veranstaltung erfolgen solle, daß aber nach Auffassung der Reichsregierung ein solches Vorgehen nicht befriedigend ist. Die Entscheidung über das Schicksal des Saargebietes hinauszuverschieben, da es insbesondere für die laotländische Wirtschaft schwerwiegende Schädigungen mit sich brächte, wenn der ungewisse Zustand über das Was des dringenden Notwendigen hinaus verlängert würde.

Die Londoner Mächte bringen die britische Mitteilung über den Besuch des britischen Botschafters beim Reichsaussenminister, während „Daily Telegraph“ das deutsche Verhalten bedauert, bezeichnet der Berliner Vertreter der „Times“ die Antwort als unvermeidlich. Er gibt zu, daß eine so wichtige Umkehr der deutschen Politik, wie sie in einer Entscheidung eines Vertreters nach Genf zum Ausdruck kommen würde, gegenwärtig nicht in Betracht komme.

Aus gut unterrichteten Kreisen des Völkerbundeskreises wird bestätigt, daß der Zeitpunkt der enghätigen Völkerbundsentscheidung über die Saarabstimmung noch anzu setzen ist und vom Ausgange der Volksabstimmung abhängig ist. Bei einer klaren Abstimmung für Deutschland, die nirgends, auch nicht in Teilen des Saargebietes, Zweifel möglich macht, würde eine Entscheidung des Völkerbundes etwa acht Tage nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses möglich sein. Sollten aber noch Unklarheiten übrigbleiben, etwa durch kleine örtliche Mehrheiten für den Status quo, so müßte die Lage auf Grund der Vertragsbestimmungen erst geprüft werden, was einige Zeit in Anspruch nehmen müßte.

Die Genfer Ratstagung

Dokument zum Marceller Sägemord.

Den Vorfall bei der heute beginnenden wichtigen Völkerbundsratstagung in Genf wird der türkische Außenminister Nispeti Atas führen. Außerdem werden teilnehmen die Außenminister Frankreichs, Englands, Jugoslawiens, der Tschechoslowakei, Ungarns, Rumaniens, Sowjetlands und Polens. Neben der im Vordergrund stehenden Saarabstimmung und der Erörterung der römischen Protokolle steht das Sägemordprogramm an erster Stelle. Die Verhandlung des Sägemordverfahrens der Reichlichen Verträge in Oberösterreich vor. Weiter verläuft, daß im Zusammenhang mit der Unterredung des Marceller Sägemords die ungarische Regierung den Rat ein Dokument übergeben wird, in dem sie erklärt, daß eine bestimmte Anzahl ungarischer Beamten, darunter auch zwei Polizeibeamte, sich Radikalität zuzuschreiben kommen ließen. Ob diese Aussagen Protokoll gegen Italien zur Verhandlung kommt, ist ungewiss.

Englischer Klüftungsvorstoß

Der englische Außenminister Sir John Simon und Vordirektionschef Eden sind gestern nach Genf abgereist. Frankreichs Außenminister Canal wies in einem gestern in Paris Ratstagenden Ministerat, auf die Durchfuhr dieser beiden englischen Staatsmänner durch Paris hin und erklärte, daß Simon und Eden befristet seien, in Genf die Frage der Stabilisierung der

Klütungen aufzuwerfen. Der Auswärtige Ausschuß des brasilianischen Parlaments lehnte einen Antrag auf Rückfuhr Brasilens in den Völkerbund ab.

Ein Vorschlag Flandins?

Klütungsplan und Währungsstabilisierung.

Mehrere Londoner Blätter sprechen von der Möglichkeit, daß Frankreichs Ministerpräsident Flandin bei seinem Londoner Besuch auch die Frage der Stabilisierung der Währungen und der Rückfuhr Englands zum Goldstandard aufrollen werde. Die letzte französische Regierung glaubt, daß die Währungsstabilisierung das größte Hindernis für die Wiederbelebung des internationalen Handels bilden. Sie werden vielleicht die Stabilisierung zu einer von den Bedingungen

machen, die Frankreich für die Annahme des Klütungsplans stellen werde, den die britische Regierung wieder aufzunehmen wünsche.

Zu den in Genf beginnenden Verhandlungen der Großmächte mit Ungarns Außenminister Rango über den Beitritt Ungarns zu dem in Rom vereinbarten Abkommen verpflichten die ungarischen Regierungskollegen in Form eines Mindestprogramms die Bedingungen, unter denen die ungarische Regierung zur Aufnahme derartiger Verhandlungen bereit sei. Es sind: 1. die Gewährleistung mit friedlichen Mitteln, 2. die vollständige finanzielle, politische und militärische Gleichberechtigung auf der Grundlage der Einmündigkeitserklärung vom 12. Dezember 1922, 3. der Schutz der ungarischen Minderheiten.

600 RM. Ehestandsbeihilfe

Durchschnittsbetrag um 100 RM. erhöht / Neue Bestimmungen

Der Reichsminister der Finanzen wird in diesen Tagen an die Präsidenten der Landesfinanzämter weitere Anordnungen zur Durchführung des Gesetzes über die Förderung in der Ehegeschickungen ergehen lassen. Der Bundesrat wird im wesentlichen folgenden enthalten: Voraussetzung für die Gewährung eines Ehestandsbeihilfes wird nicht mehr sein, daß die Arbeitnehmerstätigkeit der künftigen Ehefrau in der Zeit zwischen dem 1. Juni 1934 und 31. Mai 1935 fällt, sondern Voraussetzung wird sein, daß die künftige Ehefrau eine Arbeitnehmerstätigkeit, und zwar von neun Monaten innerhalb der letzten zwei Jahre vor der Stellung des Antrags ausübt hat.

Der Betrag der zu gewährenden Ehestandsbeihilfe soll im Durchschnitt nicht mehr wie bisher 500 RM., sondern 600 RM. betragen. Der Höchstbetrag, der nach dem Gesetz über die Förderung der Ehegeschickungen zulässig ist, wird nach wie vor 1000 RM. groß sein.

Nach der Rückgliederung des Saargebietes an das Deutsche Reich werden die

Vorschriften des Gesetzes über Förderung der Ehegeschickungen in vollem Umfang auch auf das Saargebiet Anwendung finden. Eine Arbeitnehmerstätigkeit, die eine Vollzeittätigkeit im Saargebiet ausübt, wird dann in der gleichen Weise für die Gewährung eines Ehestandsbeihilfes angerechnet werden, wie eine Arbeitnehmerstätigkeit im übrigen Reichsgebiet. Die Vollzeittätigkeit im Saargebiet muß also die neunmonatige Arbeitnehmerstätigkeit innerhalb der letzten zwei Jahre nicht im Gebiet des übrigen Deutschland ausüben, auch eine bisher im Saargebiet ausgeübte Arbeitnehmerstätigkeit wird nach der Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland als Arbeitnehmerstätigkeit im Sinne des Gesetzes zur Förderung der Ehegeschickungen anerkannt werden.

Der Präsident des Völkerbundesrates, Zaidlowiens Ministerpräsident Jostich, der tschechoslowakische Außenminister Beneš und der rumänische Außenminister Titulescu, trafen sich gestern abend vor ihrer Fahrt nach Genf in Laibach.

Notizen zum Tage

Abgabe Die deutsche Öffentlichkeit wird an Genf, heute durch eine Anregung des englischen Botschafters in Berlin überführt, der dem deutschen Außenminister nahelegt, das Reich möge als Mitglied an der bevorstehenden Sitzung des Völkerbundes teilnehmen, auf der die Entscheidung über das Saargebiet fallen soll. Aus grundsätzlichen Erwägungen hat Herr v. Neurath diese Anregung abgelehnt. Immerhin ist der englische Schritt von einiger Bedeutung, zumal schon seit längerer Zeit immer wieder Gerüchte auftauchten, Deutschland werde eines Tages doch wieder nach Genf zurückkehren und damit die damals so Aufsehen erregende Entscheidung vom Herbst 1933 rückgängig machen.

Durch die Stellungnahme des Reichsaussenministers ist allen bezüglichen, wohl nun interlozierter Seite ausgetreten Gerüchten zunächst wieder ein Riegel vorgeschoben worden. Deutschland denkt grundsätzlich nicht daran, seinen Fuß erneut auf das so schmerzliche Genfer Saargebiet zu setzen. Und es denkt aus begründeten Erwägungen noch weniger daran, dies ausgerechnet jetzt zu tun, zumal man hierüber die deutsche Reichsregierung mit verantwortlich machen könnte für das, was Genf im Hinblick auf das Saargebiet beabsichtigt.

Dieses Mißtrauen ist um so gerechtfertigter, als der Genfer Völkerbund sich nicht einmal hat entschließen können, die Saargebiet mit der Befreiung auf die Tagesordnung zu setzen, die angestrichelt die Bedeutung dieses Problems unerlässlich wäre. Überdies, am 14. Januar, ist die Abstimmungstag. Das Abstimmungsergebnis wird ausgefällt und im Laufe des Montagabend, also am 14. Januar, soll über alle Länder der Welt verhandelt werden. Man möchte nun eigentlich annehmen, daß der Völkerbundrat, der hier das letzte Wort zu sprechen hat, wenn nicht in der Nacht zum Dienstag zu doch zum mindestens am 15. Januar zusammentritt, um seine Entscheidung mit der nötigen Befreiung zu fällen. Unrichtig ist jedoch, wenn man in diesen unrichtigen Streifen damit, daß dies sofort geschehen werde, daß man also der europäischen Politik ein neues Zwischenstadium, das bekanntlich für die Herzen der Völker sehr schädlich zu sein pflegt, erregere würde. Und man kann die unverständlichen Meinungen aus der Zentrale des Völkerbundes, laut denen man sich dort Zeit zu nehmen gedenkt, aus Gründen, die kaum anders als im mangelnden guten Willen der beteiligten Mächte zu verstehen können, zurücklassen aber unzulässig, an die möglichen Besprechungsmandate sich sogar noch zu beteiligen, ist eine Zumutung, die mit Recht Zurückweisung verdient.

Auch in anderer Hinsicht ist die Stellungnahme der Reichsregierung zu der englischen Anregung begründet. Man stelle sich vor, daß trotz des zu erwartenden eindeutigen Ausgangs der Entscheidung im Saargebiet möglicherweise allerhand Wintelsätze verhandelt werden könnten. Deutschland sieht bekanntlich auf dem Standpunkt, daß eine Abstimmung in Jene nicht in Frage kommt und daß im Saarfall eindeutig niedergelegt ist, daß die Gesamtheit der Stimmen über das gesamte Saargebiet zu entscheiden hat, daß also, wenn 51 Prozent der Abstimmungsberechtigten für die Rückfuhr zu Deutschland stimmen, gar kein Zweifel entstehen kann, daß das Gebiet vollständig und sofort in den deutschen Reichsverband zurückkehrt. Nun machen sich aber in den verschiedenen Ländern und Zirkeln des Auslandes Stimmen bemerkbar, die das berüchtigte oberflächliche Beispiel bezichtigen, wo ebenfalls entgegen einer klaren deutschen Mehrheit ein Teil des Reichsgebietes abgetrennt und an Polen gegeben worden ist.

Würden sich nun solche Tendenzen auch hinsichtlich des Saargebietes in Genf bemerkbar und würde Deutschland als Ratstagmitglied genötigt sein, sich überhaupt auf Unterhaltungen über so etwas einzulassen, dann würde es wahrscheinlich nach allen Vorbildern übereinstimmend, zugleich aber auch als einer möglichen Beilegung des Genfer Völkerbundes beizugehen und mit ihr befaßt werden. Hier ist vielleicht die allgemeine Orientierung zu jenen, bereiteten man Deutschland zur Teilnahme an der Genfer Saargebietung eingeladen hat. Weil man das in Berlin durchgeführte Vorgehen nicht als grundsätzlichen deutschen Forderungen entgegen, die Berechtigung noch keineswegs erfüllt sind, hat



Im Hinblick auf den bevorstehenden Sieg und die Rückfuhr ins Heimatland machen die Saarländer bereits heute ihre Einkäufe in Fahnen und Girlanden.

Textil-Hamsterkäufe hören auf

Aus dem Bericht der L.-u. H.-Kammer Köln. Aus einem Heftbericht der Industrie- und Handelskammer Köln...

Verkaufskonten zur Erhebung der Absatzverhältnisse

Der Vorsitzende des Obersten Ehrenrates des Reichsverbandes des deutschen Handwerks...

Die NSBO im Betriebe

Die rechtliche Stellung der NSBO-Mitglieder

Diesmal schon bis zum Jahresabschluss im wesentlichen ihre ganze Kampferneuerung unterbreiten...

Ordnungsstrafe bis zu 1000 Mark

Bei Zuwiderhandlungen gegen Preisfestsetzungen des Reichskommissars für Preisüberwachung...

Reichswehr unterstützt Schatzkucht

Der Reichswehrminister stellt in einem Grundsatzbeschluss...

Zwölf Saar-Gebote

- 1. Jede politische Meinungsäußerung im Wahllokal führt unmissverständlich zum Stimmverlust. 2. Auch der Deutsche Gruß...

Neuer Erdölland in Baden

Die Reichsregierung hat 53 (Neun-Taben) D. zwischen Rhein und Mosel...

Wassersände

Table with columns for location (Saaue, Grohnte, etc.), water level (W), and sand level (F) with corresponding values.

Neue 4-prozentige Plandriebe

Wie die D.M.Z. hört, hat die Reichsregierung beschlossen...

Karpenzusatz um 30 v. H. gestiegen

Die gärtnerischen Ausführungen der Marktgemeinschaft...

Berliner Börse

Table of Berlin stock market data including Deutsche Aktien, Goldplandriebe, and Schuldverschreibungen.

Verkehrs-Aktien

Table of Verkehrs-Aktien including G.O.I. Werk, Halle-Elbe, and others.

Bank-Aktien

Table of Bank-Aktien including Allg. Deutsche, Dresdner Bank, and others.

Industrie-Aktien

Table of Industrie-Aktien including Accum. Fabr., Bismarck, and others.

Mitteldeutsche Börse zu Leipzig

Table of Mitteldeutsche Börse zu Leipzig including Deutsche Iesverzinste Werte and Schuldverschreibungen.

Bank-Aktien

Table of Bank-Aktien including Allg. Deutsche-Cred-Anst., Bayer-Fin., and others.

Verkehrs-Aktien

Table of Verkehrs-Aktien including Augsburg-Bräuerei, Chem. Fabr., and others.

Industrie-Aktien

Table of Industrie-Aktien including Aachenl. Bergbau, Chem. Fabr., and others.

Schuldverschreibungen

Table of Schuldverschreibungen including Aachenl. Bergbau, Chem. Fabr., and others.

Bank-Aktien

Table of Bank-Aktien including Allg. Deutsche-Cred-Anst., Bayer-Fin., and others.

Verkehrs-Aktien

Table of Verkehrs-Aktien including Augsburg-Bräuerei, Chem. Fabr., and others.

Industrie-Aktien

Table of Industrie-Aktien including Aachenl. Bergbau, Chem. Fabr., and others.

